



Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,50 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugs monatlich 1,66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 56 bei der Oberpostdirektion Baden-Baden. — Postamt: Enztalbote Wildbad & Co., Wildbad; Württembergischer Gewerbeamt Filiale Wildbad. — Postfachkonto 2174 Stuttgart. Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt die einseitige 45 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 8 Pf.; im Textblatt die 50 mm breite Millimeterzeile 15 Pf. — Abdruck nach vorhergeschriebenem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontouräumen oder wenn geschäftlich Beirathung notwendig wird, fällt jede Nachschickung weg. — Druck, Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Gatz, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 13 Fernruf 479 Mittwoch den 17. Januar 1934. Fernruf 479 69. Jahrgang.

Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

Berlin, 16. Jan. Die Ablehnung des Klassenkampfgedankens hatte zu einer Befestigung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände geführt. Bereits durch das Gesetz vom 19. Mai 1933 über die Treuhänder der Arbeit war den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Regelung der Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen entzogen worden. Das Gesetz übertrag bis zur Neuordnung der Sozialverfassung die Wahrnehmung dieser Aufgabe dem Treuhänder der Arbeit. Mit dem neuen Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit wird nunmehr auch diese Zwischenregelung beseitigt und die Arbeitsverfassung auf eine neue Grundlage gestellt. Für die entscheidende Bedeutung der neuen Regelung sei darauf hingewiesen, daß durch sie 11 arbeitsrechtliche Gesetze, darunter solche von grundlegender Bedeutung wie das Betriebsrätegesetz, die Tarifvertragsverordnung, die Schlichtungsverordnung und die Stilllegungsverordnung ersetzt und aufgehoben werden.

Die Grundlage der neuen Sozialverfassung ist der Betrieb. Dessen Führer ist der Unternehmer. Er entscheidet gegenüber der Gesellschaft des Betriebes, in allen betrieblichen Angelegenheiten. Zur sozialpolitischen Beratung des Führers wird ein Vertrauensrat gebildet, dem Vertrauensmänner aus der Gesellschaft als Mitglieder und der Unternehmer als Vorsitzender angehören. Die allgemeinen betrieblichen Arbeitsbedingungen werden vom Unternehmer nach vorheriger Beratung im Vertrauensrat in einer Betriebsordnung geregelt. Gegen die Entscheidung des Führers des Betriebes kann jedoch die Mehrheit des Vertrauensrates den Treuhänder der Arbeit anrufen.

Der Treuhänder der Arbeit ist der oberste sozialpolitische Vertreter der Reichsregierung in seinem Wirtschaftsgebiet. Seine Aufgaben sind gegenüber dem bisherigen Recht zum Teil eingeschränkt, zum Teil wesentlich erweitert worden. Er tritt in Streitigkeiten aus der Betriebsverfassung an die Stelle der Arbeitsgerichte. Er hat bei größeren Entlassungen die bisher den obersten Landesbehörden nach der Stilllegungsverordnung obliegenden Aufgaben wahrzunehmen. In seiner Hand liegt insbesondere die Überwachung der Lohngestaltung in den Betrieben. Er kann auch Richtlinien für den Inhalt von Betriebsordnungen und Einzelarbeitsverträgen festlegen und in Ausnahmefällen eine Tarifordnung erlassen. Im Bezirk des Treuhänders der Arbeit wird unter dem Vorsitz eines richterlichen Beamten ein Ehrengericht gebildet, das über Verletzungen der sozialen Ehre durch Angehörige der Betriebsgemeinschaft zu entscheiden hat. Gegen Entscheidungen der Ehrengerichte sind Berufungen an den Reichsehrengerichtshof zulässig.

Auf dem Gebiete des Kündigungsschutzes ist der Grundgedanke des bisherigen Rechtes aufgegeben worden, nach dem das Arbeitsgericht nur angerufen werden konnte, wenn die Betriebsvertretung den Einpruch des Gefährdeten als beantragt erklärt hatte. Dem Gefährdeten steht in Zukunft unmittelbar das Recht zu, auf Widerruf der Kündigung zu klagen, wenn diese unbillig hart und nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt ist.

Die soziale Verfassung wird hierdurch auf eine neue Grundlage gestellt. An Stelle des Kampfes um die Arbeitsbedingungen durch Interessentenverbände tritt Überwachung durch den Staat, der die letzte Verantwortung für eine gerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen übernimmt.

Selbte über den Geist des neuen Gesetzes

Berlin, 16. Jan. Im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda fand am Dienstag ein Presseempfang statt, bei dem die Minister Selbte und Schmitt Sinn und Ziel des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit in eingehenden Ausführungen darlegten. Der Reichsarbeitsminister dankte zunächst dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, sowie Staatsrat Dr. Ley für ihre hingebungsvolle Arbeit bei den Vorarbeiten zum Gesetz und führte dann u. a. aus: Es ist in der Tat das erste große soziale Gesetz, das den Grundgedanken der Weltanschauung unseres neuen Reiches zum Ausdruck bringt. Die Hervorhebung des Führergedankens in der deutschen Wirtschaft, die Befestigung der unseitigen Klassengegenüber, unter denen die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen ist, sind die nationalen und sozialistischen Grundgedanken, auf denen dieses neue Werk errichtet ist. Der Unternehmer erhält als Führer des Betriebes die verantwortliche Stelle, die ihm nach den Grundgedanken nationalsozialistischer Weltanschauung nach dem Führerprinzip zukommt. Daß die Treuhänder, die ihm gegeben sind, richtig verwendet werden und daß aus den verliehenen Rechten nicht eine Willkürherrschaft im Betrieb entsteht, dafür sorgt die soziale Ehrengerichtbarkeit, die wohl zum erstenmal in der ganzen Welt durch dieses Gesetz begründet worden ist. Wir führen im Betriebe Unternehmer und Gesellschaft zueinander. Das Arbeitsverhältnis wird zum Treuverhältnis. Nicht aus papierenen Vertragsbestimmungen sollen künftig das Recht der Arbeit, die Rechte und Pflichten aller Mitglieder der Betriebsgemeinschaft hergeleitet werden, sondern aus dem lebendigen Bewußtsein der Treue, der Treue des Führers zur Gesellschaft und dieser zu ihrem Führer. Der Unternehmer oder ein mit der verantwortlichen Leitung des Betriebes Beauftragter tritt als Führer

Tagespiegel.

Im französischen Senat hat der Außenminister Paul-Boncour wichtige Erklärungen zur politischen Lage in Europa abgegeben.

Reichsarbeitsminister Selbte und Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt sprachen in einer Pressekonferenz über den Geist des neuen Arbeitsgesetzes.

Ueber die Rückkehr deutscher Emigranten erließ Ministerpräsident Göring Richtlinien und hat die deutschen Länder sich diesen anzuschließen.

Die Auflösung der Logen in Preußen ist durch Ministerpräsident Göring eingeleitet und eine Aenderung der Satzungen verfügt worden.

Die Einladung des Völkerbundesrats an Deutschland, zur Behandlung der Saarfrage nach Genf zu kommen, findet in Deutschland allgemeine Ablehnung.

Beim Absturz des französischen Großflugzeuges „Smaragd“ sind 10 Personen getötet worden.

Der künftige der Gesellschaft gegenüber. Die Ausschaltung aller unverantwortlichen Zwischeninstanzen bringt und wirigt Führer und Gesellschaft zusammen und sorgt für die notwendige Gemeinschaftsarbeit und das gegenseitige Vertrauen. In großen Betrieben ist diese allererste Gemeinschaftsarbeit nicht möglich. Für sie steht daher das Gesetz die Einschaltung von Vertrauensmännern vor, die als Angehörige der Gesellschaft dem Führer beratend zur Seite treten und mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat bilden. Mit ihm ist nicht eine dem alten Betriebsrat entsprechende Interessenvertretung geschaffen. Interessengegenüber gibt es nicht mehr, vielmehr haben alle nur ein gemeinsames Interesse, den Betrieb, der ihnen allen Arbeit und Brot gibt. Der Minister behandelte dann die verschiedenen Neuerungen eingehend.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt hielt eine kurze Ansprache. Er führte u. a. aus: Ein Volk hat wahrhaft Großes immer nur dann geleistet, wenn es sich geschlossen und entschlossen für die ihm gestellten Aufgaben eingesetzt hat. Das gilt wie für ein Volk so für seine Wirtschaft, ja auch für jedes einzelne wirtschaftliche Unternehmen. Jeder wirklich tüchtige Bürger weiß, daß er den Erfolg nur dann auf die Dauer an seine Tasche heften kann, wenn die Gesellschaft ihm vertraut und mit vollem Herzen dabei ist. Jeder vernünftige Gefolgsmann weiß, daß er nur dann auf festem Boden steht, wenn er nach alter deutscher Art sich wirklich selbst ganz einsetzt, seinem Führer folgt und ihm die Treue hält. Auch ist das Gesetz in vielen Einzelheiten so locker gehalten, daß Spielraum für Entwicklungsmöglichkeiten gelassen ist. Möge dieser immer in dem Sinne genutzt werden, den großen Gedanken des Arbeitsfriedens zu vertiefen und nicht zu verwässern.

Zum Schluß dankte der Reichswirtschaftsminister noch ganz besonders dem Reichsarbeitsminister Selbte, der Hauptbeteiligter an dem Gesetz sei. Es sei jambolisch für den neuen nationalsozialistischen Geist, daß dieses Gesetz in enger Zusammenarbeit zwischen dem Reichsarbeitsministerium, der Arbeitsfront, Vertretern der Wirtschaft und dem Reichswirtschaftsministerium bearbeitet und herausgebracht worden sei. Dieses Verhältnis zeige, daß man in der obersten Spitze sich darüber klar sei, daß Arbeit und Wirtschaft ein unzerrennlicher Bewußtsein für das ganze Volk sind. Dieser glückliche Anfang werde hoffentlich zum Glück unserer ganzen Nation führen.

Ablehnung des Genfer Lockmittels durch die Berliner Presse

Berlin, 16. Jan. Die Berliner Presse lehnt einmütig die Aufforderung des Völkerbundesrats ab an der Saarberatung in Genf teilzunehmen. Die Blätter gehen übereinstimmend der Ansicht Ausdruck, daß die Reichsregierung die Genfer Einladung ablehnend beantworten wird.

Der „Völkische Beobachter“ sagt, Deutschland hat keinen Anlaß, durch einen Präzedenzfall der gegnerischen Propaganda das Argument in die Hand zu spielen, daß wir unseren Schritt vom 14. Oktober vorigen Jahres bedauern. Er war notwendig und folgerichtig. Genf ist eine Institution des Versailler Diktates und bittere Erfahrungen haben bewiesen, daß dort keine Politik getrieben wird, die dem Frieden, der Ehre und der Gleichberechtigung entspricht. Das Genfer Kampfpapier hat aber jetzt die beste Gelegenheit, zu beweisen, daß die Herren gewillt sind, loyal, sauber und anständig eine Sache zur Entscheidung zu bringen, von der die ganze Welt weiß, daß die Entscheidung hundertprozentig zugunsten Deutschlands ausfallen wird. Wir nehmen gewiß die englischen Pressestimmen nicht tragisch, die behaupten, die Zeit sei für eine Saarabstimmung nicht reif. Max Braun, der Landesvertreter und Destandant, dürfte einige englische Kreise genau so betrogen haben wie seine früheren Parteifreunde im Saargebiet. Aber es ist immerhin bedauerlich, daß englische Zeitungen auf einen derartigen Schwindler herein-

fallen und so eine Stimmungsmache entsteht, die der gegenseitigen Verständigung im Wege sein kann. Eine andere Situation würde eintreten, falls vom Völkerbund der Beschluß gefaßt würde, eine Sachverständigenkommission einzusetzen, an der sich ebenfalls französische Sachverständige beteiligen würden. Falls dann die Reichsregierung die Frage einer Beteiligung an einer solchen Abstimmungskommission prüfen wird, so würde sie lediglich Erwägungen über das entscheidende deutsche Interesse am Saargebiet anstellen. Eine Teilnahme an einer solchen neutralen Kommission würde keineswegs die Wiederaufnahme unserer Mitarbeit in Genf bedeuten.

Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet die Genfer Einladung als französischen Köder. Deutschland sei weder in der Lage, einen der Saar nachteiligen Ratsbeschluß durch Stimmenthaltung zu sanktionieren, noch auch, den in Genf vertretenen Mächten mit einem Nein die Möglichkeit zu geben, sich später hinter diesem Nein zu verstecken und zu sagen: Deutschland habe ja das Zustandekommen eines Saarbeschlusses verhindert, da alle Ratsbeschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen.

Die „Kreuzzeitung“ weist darauf hin, daß besonders die Saar-Deutschen das Fairplay des Völkerbundesregimes und seiner französischen Hintermänner täglich am eigenen Leibe spürten. Wir würden auch von Berlin aus auf das peinlichste beobachten können, ob die jetzt in Genf das große Wort führenden Mächte bei ihren Entscheidungen „Fairplay“ gelten lassen und die „Heiligkeit der Verträge“ respektieren.

Der „Vokalzeiger“ sagt, der Rat habe jetzt die beste Gelegenheit, den Beweis zu erbringen, daß er zu einer wirklich neutralen Entscheidung in der Saarfrage überhaupt fähig ist, indem er zunächst einmal gegen die unmöglichen Zustände einschreite, die sich in diesem, ihm durch das Versailler Diktat ausgelieferten deutschen Lande entwickelt haben.

Die „Germania“ erklärt, es liege jetzt an der Gegenseite, den Beweis für die immer wieder für sich in Anspruch genommene Neutralität und Objektivität zu erbringen.

Die „DZJ“ sagt, der Völkerbund sei nach den Bestimmungen des Versailler Diktats der Treuhänder des Saargebietes und es liege an ihm, dieser Aufgabe gemäß zu verfahren. Eine deutsche Mitwirkung sei dabei keineswegs erforderlich. Wenn der Völkerbund eine aus neutralen Persönlichkeiten zusammengesetzte Abstimmungskommission ernannt, dann schafft er damit auch die notwendige Voraussetzung für eine ruhige Vorbereitung der Abstimmung selbst. Wird er dieser selbstverständlichen Verpflichtung nicht gerecht, dann wird Deutschland, geküßt auf die vertraglichen Verpflichtungen, zur rechten Zeit seine Stimme erheben.

Die Saarbrücker Zeitungen lehnen die Einladung des Völkerbundesrats ab

Saarbrücken, 16. Jan. Die Saarbrücker Morgenblätter lehnen die Einladung des Völkerbundesrats an Deutschland nachdrücklich ab.

Die „Saarbrücker Zeitung“ schreibt: Man soll nur nicht erwarten, daß die Bevölkerung in der Annahme des französischen Vorschlages seitens der Ratsmitglieder schon einen Beweis für die praktische Loyalität des Völkerbundes in der Saarfrage sieht. Diesen Optimismus verbieten uns die Erfahrungen gerade der letzten Zeit. Uns ist längst jedes Vertrauen zum Völkerbund zerfallen, und wenn es wiederkehren soll, dann muß man uns zunächst beweisen, daß wir Grund dazu haben. Eine unverbindliche Einladung beweist uns nichts. Der einzige unverbindliche Beweis wäre gerade dadurch zu führen, daß man in Genf ohne Teilnahme Deutschlands die Beratungen so führt, und solche Beschlüsse faßt, wie es Objektivität und Loyalität verlangen. Das allein wäre uns ein überzeugender Beweis.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ schreibt: So bedauerlich es auch an sich vom Standpunkt des Saargebietes aus ist, daß bei den außerordentlich wichtigen Beratungen in Genf die Reichsregierung nicht vertreten sein wird, so sehr sollten andererseits die übrigen Mächte Verständnis aufbringen für die grundsätzliche Haltung Deutschlands.

Der Bankrott der saarländischen SPD.

Saarbrücken, 16. Jan. Ein Beweis für den politischen Bankrott der SPD des Saargebietes ist der katastrophale Mitgliederchwund bei der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt. Er hat in den letzten Monaten einen derartigen Umfang angenommen, daß die Arbeiterwohlfahrt nicht mehr in der Lage ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die hohen Beiträge, die die Mitglieder leisten mußten, sind verloren. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen die Sterbegelder bereits seit Jahresfrist fällig aber noch immer nicht bezahlt sind. Die Arbeiterwohlfahrt betrübt die Hinterbliebenen immer wieder und erklärt jetzt wiederum, sie werde später zahlen, an eine Auszahlung in voller Höhe sei aber nicht zu denken.

Londoner Stimmungsmäander zur Saarfrage

London, 16. Jan. Der Reuters-Korrespondent in Genf meldet, daß der Vorsitzende der Regierungskommission des Saargebietes, Knox, am Mittwoch in Genf eintreffen dürfte. Es werde erwartet, daß er dem Völkerbundrat „neues Material“ über die nationalsozialistische Propaganda im Saargebiet unterbreiten werde. Der Reuters-Korrespondent bezieht sich, hinzuzufügen, es herrsche die bestimmte Überzeugung, daß die Möglichkeit der

Befehung des Saargebietes durch internationale militärische Streitkräfte ins Auge gefaßt werden würde.

Der Genfer Korrespondent des Daily Herald spricht ganz offen von einem verschmitzten diplomatischen Manöver Mussis. Französische Kreise in Genf jubelten über den Erfolg des Austrittens ihres Delegierten. Der Vertreter des Blattes demontiert jedoch die vom Reutersvertreiter weitergetragenen Gerüchte einer unmittelbar bevorstehenden Befehung des Saargebietes als völlig unwahr. Auch der Genfer Vertreter der Morning-Post konstruiert einen „diplomatischen Sieg“ Mussis.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt, in britischen Kreisen würden drei Gesichtspunkte hervorgehoben: 1. es sei sehr wünschenswert, daß Deutschland bei der Erörterung der Saarfrage sowohl im Rat wie in den verschiedenen Ausschüssen vertreten sei, 2. weder vom rechtswidrigen noch vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt aus sei ein Ausschub der Volksabstimmung über die festgesetzte Frist vom Januar nächsten Jahres hinaus gerechtfertigt, 3. der Vorstube des Regierungsausschusses, Knox, sei zwar britischer Staatsangehöriger, aber gegenwärtig Beamter des Völkerbundes und diesem gegenüber für seine Handlungen und Ansichten verantwortlich. Es werde im übrigen darauf hingewiesen, daß nach den Klauseln des Versailler Vertrages in der Saarfrage Mehrheitsbeschlüsse gefaßt werden könnten. Der Korrespondent schlußfolgert daraus nicht, daß Deutschland abnehm durch einen Mehrheitsbeschluss des Rates verweigert werden könnte, sondern glaubt, gerade aus dieser bezeichnenden Klausel des Versailler Vertrages, die die sonst notwendige Einstimmigkeit der Ratsbeschlüsse in der Saarfrage aufhebt, eine Aufforderung an Deutschland herauslesen zu können, nur ja nach Genf zu kommen.

Völkerbund und Saarfrage

Deutschlands Standpunkt zu der Aufforderung des Genfer Rates

Berlin, 16. Jan. Der Völkerbundsrat hat bekanntlich die indirekte Aufforderung an Deutschland gerichtet, es möge während der Behandlung der Saarfrage seinen Platz in Genf wieder einnehmen. Deutschland ist aber nicht einfach aus dem Völkerbund ausgetreten, um bei irgend einer sich bietenden Gelegenheit wieder dort zu erscheinen, wenn andere Mächte dies wünschen. Die Aufgabe, die der Völkerbundsrat in der Saarfrage jetzt zu leisten hat, ist außerordentlich einfach. Es ist durchaus nicht schwer, eine geheime Abstimmung zu organisieren. Ueber die Wahllisten der Abstimmungsberechtigten sind bereits Vorarbeiten vorhanden. Es kommt lediglich darauf an, daß der Völkerbundsrat seine Aufträge in anständiger und loyaler Weise durchführt.

Ganz abwegig sind die Anregungen der englischen Presse, man solle eine Miliz von 4000 Mann ins Saargebiet bringen. Im Saargebiet haben niemals Unruhen in erheblichem Maße stattgefunden. Die beiden einzigen Toten, die dort zu beklagen sind, waren Nationalsozialisten. Wenn weiter sogar der ungeheuerliche Plan einer Teilung des Saargebietes auftaucht, so sind sich die betreffenden Persönlichkeiten des gefährlichen Ernstes eines solchen Vorschlages offenbar nicht bewußt. Die Ablehnung des Genfer Vorschlages bringt nicht Deutschland, sondern höchstens den Völkerbund in eine peinliche Lage.

Die Frage der Rückkehr deutscher Emigranten

Berlin, 16. Jan. Ministerpräsident Göring hat als Chef der Geheimen Staatspolizei zu der Frage der Rückwanderung deutscher Emigranten aus dem Auslande an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und sämtliche Staatspolizeistellen einen Erlaß gerichtet, in dem u. a. gesagt wird, daß sich infolge der allmählichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Mehrzahl der Emigranten schon jetzt eine zunächst noch langsame Rückwanderung nach Deutschland bemerkbar macht. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Behandlung dieser zurückkehrenden Emigranten ersucht der preussische Ministerpräsident um sorgfältige Beachtung besonderer Richtlinien, die er hierfür aufgestellt hat.

Kampf um Rosenberg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Holtstein.

61. Fortsetzung. Rachdruck verboten.

Plötzlich stutzte er. Was war das an der Feldscheune? Er rieb sich die Augen. War dort an der großen Feldscheune, nicht ein Rauch? Oder täuschte er sich? Wars ein Trugbild der Dämmerung? Nein doch! Die Feldscheune rauchte. Schaffranz stürmte durch die Scheune hindurch in den Gutshof. Rief den kartenpielenden Knechten und Soldaten zu: „Rasch . . . rasch! Sofort nach der Feldscheune! Ich glaube . . . eine Schusterei . . . man hat sie angezündet. Sie raucht!“

Während die Knechte und Soldaten davon stürmten, lief er durch die Pforte dem Schloß zu. Schrie empor zu Willfried, der aus seinen Träumen emporschrak: „Herr . . . ich glaube, die Feldscheune brennt!“ Willfried glaubte, nicht recht gehört zu haben. Er erhob sich jäh und sah nach der Richtung nach der Feldscheune. Bemerkte auch den Rauch. „Schaffranz! Haben Sie die Leute . . .?“ „Sie sind nach der Scheune hin! Herr . . . rufen Sie Rosenberg an. Die Soldaten müssen sofort kommen.“ Da bemerkte Willfried plötzlich, wie die Flammen aus der großen Feldscheune schlugen. „Sie brennt!“ rief er entsetzt und stürzte ans Telephon. Schaffranz stürmte nach dem Stall und riß zwei Pferde heraus.

Willfried drehte wie wahnsinnig an der Kurbel. Knirschte mit den Zähnen. „Verdammt! Bummelei!“ Über das Amt meldete sich nicht. Da fuhr er zusammen. Er wußte, was geschehen war.

In den Richtlinien werden die Emigranten in verschiedene Klassen eingeteilt und entsprechend eine unterschiedliche Behandlung anempfohlen. Danach besteht, wie der amtliche preussische Pressedienst meldet, an der Rückkehr krimineller Elemente, deren Zahl die der wirklichen politischen Flüchtlinge bei weitem übertrifft, keinerlei Interesse. Auch die Rückkehr der vielen Tausende von Flüchtlingen nicht deutscher Staatsangehörigkeit — ihre Zahl beläuft sich nach Mittelungen des Kaufmanns Flüchtlingsbüros auf 16 000 von insgesamt 60 000 Flüchtlingen — ist im neuen Deutschland nicht erwünscht. Falls diese meist aus dem Osten eingewanderten Personen wieder in Deutschland austauschen sollten, sind sie in polizeiliche Haft zu nehmen und bis zur endgültigen Ausweisung in ein Konzentrationslager zu bringen. Die marxistischen Zerleger und Brecher, die sich früher in führenden Stellungen befunden haben, müssen gewärtig sein, daß auf jede ihrer Niederträchtigkeiten hin alle möglichen Repräsentanten persönlicher und vermögensrechtlicher Art ergriffen werden. Dagegen soll den grundlos verängstigten Volksgenossen, die auf Grund gewissenloser Propaganda ins Ausland geflohen sind, die Heimkehr nicht verweigert werden, wenn sie vertrauensvoll zurückkehren und beweisen können, daß sie schon vor ihrer Rückkehr bemüht gewesen sind, gegen die Greuel- und Heppropaganda im Ausland Front zu machen. Der nationalsozialistische Staat hat so vollkommen über den Gegner gesiegt, daß er dem kleinen und geängstigten Volksgenossen ohne Gefahr vergeben kann, sofern dieser aufrichtig und ernst gewillt ist, sich der neuen Volksgemeinschaft rückhaltlos anzugliedern.

Alle deutschen Länder sind vom preussischen Ministerpräsidenten gebeten worden, sich diesem Verfahren zum Zwecke eines einheitlichen Vorgehens anzuschließen.

Vollfuß im englischen Licht

„Times“ über den Kampf des Dr. Vollfuß

London, 16. Jan. In einem den inneren Kämpfen Oesterreichs gewidmeten Leitartikel sagt „Times“: Die Nationalsozialisten in Oesterreich gewinnen immer neue Anhänger. Die allgemeine Depression arbeitet wahrscheinlich für die Nationalsozialisten. Die Sozialisten bieten jetzt Dr. Vollfuß ihre Unterstützung an, aber ein Bündnis mit ihnen würde die eigenen Anhänger des Ministerpräsidenten spalten. Er wird deshalb seinen Kampf mit seinen bisherigen Anhängern fortsetzen müssen, und es sind bis jetzt keine Anzeichen vorhanden, daß seine Regierung nicht imstande ist, sich gegenüber der inneren Opposition zu halten.

London, 16. Jan. In einem „Eingefand“ eines englischen Lesers an die „Times“ heißt es: Zeitungsmeldungen hatten mich veranlaßt, in Dr. Vollfuß einen nationalen Helden zu erblicken, der sich bemüht, Ordnung in das Chaos der politischen Parteien zu bringen und seine Landsleute gegen die Angriffslust eines Deutschland zu schützen, das gedroht hat, sie gegen ihren Willen zu verschlingen. Eingehende persönliche Untersuchungen in Oesterreich aber haben mich überzeugt, daß Dr. Vollfuß nicht mehr als ein Viertel der Nation hinter sich hat und daß dieses Viertel das wahre Oesterreich am wenigsten vertritt. Die Opposition ist keineswegs uniform. Die Nationalsozialistische Partei ist stark, energiegelad und zuverlässig und scheint in geistiger und körperlicher Hinsicht die besten Elemente der Rasse einzuschließen. Die beinahe täglichen Befundungen nationalsozialistischen Gefühls, die eindrucksvoll und oft klug ausgedacht sind, verdienen kaum den Namen von Ausschreitungen, obwohl sie bei Unterdrückung dazu werden könnten. Nach dem, was ich gesehen habe, stimme ich mit dem Urteil von Personen überein, die erklärt haben: Die Nationalsozialisten können sich darauf verlassen, daß sie die notwendigen Waffen aus den öffentlichen Lagern erhalten werden, wenn der Augenblick zu gemeinschaftlichem Handeln kommt.

Paul-Boncour über die Außenpolitik

Paris, 16. Jan. Der Senat lehnte am Dienstag seine außenpolitische Aussprache fort. Der französische Außenminister Paul-Boncour sprach zu drei Fragen: Zu der Abrüstungskonferenz, zur Krise des Völkerbundes und zum Schluß zu den direkten Verhandlungen mit Deutschland, worunter Paul-Boncour nur die auf direktem diplomatischem Wege geführten Verhandlungen verstehen will, denn internationale Begegnungen, so erklärte er, gehörten nicht zu seinem Programm. Die deutsche Revolution stelle Europa vor ein Fragezeichen, denn so behauptete Paul-Boncour, man sehe noch nicht klar, welches die wirklichen Ziele Deutschlands seien. Es sei natürlich, wenn verschiedene Länder sich beunruhigt fühlten. Die nationalsozialistische Auffassung von der Nation gebe dahin, die Grenzen zu überfluten, um die Völker der gleichen Rasse für sich zu gewinnen. Der Be-

weis sei das Problem des Saargebietes und das Problem Oesterreichs. Zum Saarproblem sei zu sagen, daß Frankreich kein Recht habe, auf die Volksabstimmung zu verzichten! Trotz vorteilhafter Angebote, die man Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete gemacht habe, könne Frankreich der Saarbevölkerung das Recht auf freie Abstimmung nicht nehmen. Ebenso wie Frankreich diese Rechte der Saarbevölkerung zu garantieren wünsche, wünsche es auch Oesterreichs Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten. Frankreich habe die Unabhängigkeit Oesterreichs immer als den Schlüssel zum europäischen Gleichgewicht angesehen. Das allklügliche Ergebnis der französischen Politik in der österreichischen Frage sei die juristische Beurteilung des Anschlusses durch das Haager Schiedsgericht. Ueber die notwendige Unabhängigkeit Oesterreichs bestehe zwischen Frankreich und Italien vollkommene Meinungsübereinstimmung.

Der französische Außenminister ging dann auf die allgemeine europäische Politik über und erklärte u. a., Frankreich habe immer die friedfertigen Länder um sich zu scharen versucht, nicht um Deutschland einzukreisen — dieses Wort habe vor dem Kriege schon viel zu viel Schaden angerichtet — sondern mit allen Völkern zusammenzuarbeiten. Es hänge nur von Deutschland ab, sich dieser Zusammenarbeit anzuschließen.

Gerüchte von einer Lockerung der französischen Beziehungen zu Polen und der Kleinen Entente seien eine Legende, denn die Uebereinstimmung mit diesen Ländern sei stärker denn je. Frankreich wünsche nur nicht, diese Freundschaften in Form eines Blokes einem anderen Bloke gegenüberzustellen, sondern versuche immer wieder, neue Freundschaften dazu zu gewinnen.

Die französisch-italienischen Beziehungen hätten sich in den letzten Monaten sehr verbessert. Gegenüber Rußland betreibe Frankreich eine entschlossene Annäherungspolitik, die im Abschluß des Rüstungsabkommens und des französisch-russischen Wirtschaftsabkommens ihre ersten Ergebnisse erzielt habe. Die politische Bedeutung des Wirtschaftsabkommens sei größer als die wirtschaftliche, und zusammen mit den übrigen Nichtangriffspakten, die Rußland mit anderen Ländern abgeschlossen habe, sei es gelungen, im Osten ein Sicherheitsnetz zu spannen.

Auflösung der Logen

durch Ministerpräsident Göring

Berlin, 16. Jan. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident und Minister des Innern, Göring, an die drei großen Landeslogen in Preußen:

- a) Große Nationale Loge „Zu den drei Weltkugeln“,
- b) Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland „Deutsch-christlicher Orden“,
- c) Große Loge von Preußen, genannt „Zur Freundschaft“ die nachstehende Anordnung gerichtet:

Ohne zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die drei altpreussischen Großlogen und die ihnen angeschlossenen örtlichen Logen auf Grund irgendwelcher Mitteilungen oder aus sonstigem Anlaß in etwa ebenso wie die anderen, der Weltfreimaurerei zugehörigen Logen als staatsgefährliche Vereinigungen anzusehen sind, kann ich bei der letzten durch die nationale Bewegung geschaffenen Einheit des deutschen Volkes jedenfalls kein Bedürfnis mehr für die Erhaltung dieser Logen und für die besondere Förderung erkennen, die ihnen bisher von staatswegen zuteil geworden ist. Dem vielfach in den örtlichen Logen hervorgetretenen Bestreben, sich im Hinblick auf die gesamte politische Entwicklung in Deutschland aufzulösen, muß Rechnung getragen werden. Die der Erfüllung solcher Wünsche entgegenstehenden oder sie erschwerenden besonderen Vorschriften in den Satzungen der Großlogen kann ich unter diesen Umständen nicht mehr für gerechtfertigt halten.

Daher ordne ich in Abänderung der vorhandenen Logensatzungen folgendes an:

1. Die Auflösung einer Loge erfolgt durch Beschluß der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit.
2. Die Mitgliederversammlung ist zu diesem Zweck zu berufen, wenn ein Mitglied dies fordert. Die Einladung zu dieser Mitgliederversammlung ist mit Anabe des Grundes der Berufung spätestens zwei Wochen vor dem Tage der Versammlung mittels eingeschriebenen Briefes an die Mitglieder abzuschicken. Die Versammlung ist beschlußfähig ohne Rücksicht auf die Zahl der Teilnehmer.
3. Die Mitgliederversammlung beschließt über den Verbleib

Man hatte die Telefonschnur zerschneiden. Er rannte wie ein Schmetterling die Treppen hinunter nach dem Gutshof, wo Schaffranz mit den zwei Pferden stand. „Eine Schusterei!“ schrie er laut. „Schaffranz . . . reiten Sie sofort nach Rosenberg . . . holen Sie Hilfe heran. Das Telephon geht nicht mehr! Ich reite nach der Feldscheune!“

Schaffranz sprang aufs Pferd, gab ihm die Sporen, daß es wie ein Pfeil davonstieß, während Willfried im schärfsten Galopp nach der Feldscheune ritt.

In der Gaststube von Rosenberg war der Teufel los. Bruchs hatte Streit mit einem Bauern getrieben, und jetzt sagten sie sich gehörig die Meinung. Wie zwei, die auf sich losgehen wollten, standen sie sich gegenüber. Draußen im Garten sangen zehende Soldaten, die eine Tanzpause machten. Ritsche war der Lustigste! Mit seinem trockenen Humor brachte er Stimmung in den Kreis. Da sah Ritsche plötzlich, wie Schaffranz zu Pferde heransprengte. Das Gesicht verzerrt! Der Gaul triefte vor Schweiß.

Sofort ahnte Ritsche Unheil. Er lief dem Reiter entgegen und fragte: „Was gibt es . . . Herr Schaffranz . . . so reden Sie doch!“ Doch der brachte vor Aufregung und Erschöpfung kaum ein Wort heraus. „Feuer . . .!“ sagte er heiser. „Auf Rosenberg brennt! Die große Feldscheune. Sofort alle kommen!“ Ritsche hatte entsetzt begriffen. Mit lauter Stimme rief er durch den Garten: „Feuer auf Rosenberg! Kameraden . . . Feuer auf Rosenberg! Sofort anrücken!“ Sah den Kameraden Quiesch, der das Auto führte. Warf ihm einen Blick zu und während Quiesch nach

dem Lastauto lief und den Motor laufen ließ, da stürmte Ritsche die Stufen zum Tanzsaal hinauf.

Die Musiker brachen den Tanz sofort ab, als sie den schreckensbleichen Soldaten hereinstürmen sahen.

„Feuer auf Rosenberg!“ gellte es durch den Saal. Wilde Aufregung.

Die Soldaten wandten sich aus den Armen ihrer Tanzpartnerinnen und stürmten hinunter. Das Lastauto stand schon bereit. Quiesch hatte es gewendet. Sie sprangen hinauf. Quiesch gab Gas und in rasendem Tempo ging nach Gut Rosenberg.

In die Gaststube gellte der Ruf! „Feuer in Rosenberg!“ Schaffranz schrie es in den Raum hinein. Ritsche warf sofort die Karten hin und befahl: „Ausblafen im Dorf! Anrücken muß die Spritze sofort!“ Die Bauern erhoben sich rasch und das „Weiße Lamm“ glich einem Ameisenhaufen, der nur so durcheinanderquirlte. Die Weiber drängten sich um Schaffranz und sprachen auf ihn ein. Eine deutete nach Osten . . . da . . . ein leuchtender Schein erschien. Die große Feldscheune brennt!

Willfried ritt nach der brennenden Scheune. Holte die Läufer ein. Immer näher kam er und sah sofort, daß nichts zu retten war, denn im Umkreis von vielleicht zwanzig Metern war alles verqualmt. Sein Atem ging wild. Mit geballten Fäusten stand er neben seinem Pferde. Die Leute kamen atemlos heran. Willfried winkte ihnen. „Hier ist nichts zu retten! Das Feuer ist gut angelegt . . . an allen Ecken angebrannt.“

(Fortsetzung folgt.)

des Vermögens, ein Anteil desselben an die Großloge findet nicht mehr statt.

4. Die vorstehenden Beschlüsse bedürfen meiner Genehmigung, nicht mehr derjenigen der Großloge. Der Großloge ist lediglich eine Nachricht von dem Beschlusse zu erteilen.

5. Kein Mitglied einer Loge darf wegen der Stellung des Antragstellers auf Einberufung der Mitgliederversammlung oder wegen seiner Abstammung zur Verantwortung gezogen oder gar ausgeschlossen werden. Maßnahmen dieser Art, die seit dem 1. April 1933 von einer Großloge oder einer örtlichen Loge gegen Logenbeamte oder Logenmitglieder getroffen sind, weil sie eine Auflösung der Loge betrieben haben, werden aufgehoben.

6. Ist die Zahl der Mitglieder einer Loge unter 7 gesunken, so behalte ich mir ihre Auflösung vor.

7. Die Liquidation des Vermögens einer aufgelösten Loge erfolgt nach den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches.

Erdbeben in ganz Indien

In ganz Indien wurde am Montag ein starkes Erdbeben verspürt. Der gewaltige Erdstoß dauerte drei Minuten lang. Die Eingeborenen erklärten, noch keinen so langen Erdstoß erlebt zu haben. Die Zahl der Toten ist noch nicht abzusehen, da die Berichte aus den abgelegenen Landesteilen nur langsam einlaufen. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

In Kalkutta brach eine große Panik aus, als der erste Erdstoß verspürt wurde. Die Arbeiter und die Angestellten stürzten aus den Fabriken und Büroräumen auf die Straße, um sich in Sicherheit zu bringen. Es kam zu einem wilden Gedränge, bei dem Hunderte von Personen verletzt wurden. Die Leute sammelten sich in den Parks und auf den Plätzen. Starke Polizeikräfte mußten die Ruhe aufrecht erhalten. Die Telegraphen- und Fernspreitleitungen wurden teilweise unterbrochen. Mehrere Bauten, darunter die Türme der katholischen Kirche und das Gebäude des Obergerichts wurden beschädigt. Ein Iobeh in dem Obergericht eröffnetes Verfassungsverfahren über ein Todesurteil gegen den Terroristen Majumdar mußte unterbrochen werden. Erst als das Erdbeben vorüber war, wurde die Sitzung wieder aufgenommen, worauf das Todesurteil bestätigt wurde. Auch die Imperial-Bank und das Hauptpostamt bekamen Aufschüttel. Manche Gebäude gerieten ins Schwanken. Das Erdbeben brach aus wenigen Sekunden nach dem der indische Vizekönig in Begleitung seiner Gemahlin auf dem Bahnhof eingetroffen war. Sie konnten jedoch ihre Reise ungehindert fortsetzen.

Auch in Bombay wurden leichte Erschütterungen verspürt. Bisher sind jedoch keine Todesfälle oder schwere Schäden aus Bombay gemeldet.

Eine der schwersten Folgen war der Einsturz des Bahnhofsgebäudes in einem Ort etwa 480 Kilometer entfernt von Jamalpur. Unter den Getöteten befinden sich Frau und Kinder des englischen Direktors der Eisenbahnwerkstätten, die unter den Trümmern begraben wurden. Ein Güterzug wurde vollkommen von den Trümmern bedeckt. Auch in Trapanore in Südindien wurden zwei Frauen durch herabstürzendes Gestein getötet.

Nach in Bombay eingegangenen Meldungen spricht man von 25 Toten und mehr als 200 Verletzten. Man befürchtet jedoch, daß die tatsächliche Zahl der Opfer bei weitem höher sein wird. Von der Katastrophe sind besonders die Städte Benares, Lucknow, Kanakpur und Patna heimgesucht. In Patna sind 90 Personen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Zahlreiche Tote liegen noch unter den Trümmern. In Cawnpur sind 300 Häuser eingestürzt, 7000 andere Häuser bekamen Risse. In Kalkutta mußten mehrere Gassen bei der durch das Erdbeben entstandenen Panik aus dem Gefängnis entkommen. Sie sprangen über das Gitter. Nur einem gelang die Flucht.

56 Tote, 407 Verletzte

Kalkutta, 16. Jan. Das große Erdbeben in Indien hat nach den jetzt vorliegenden Meldungen insgesamt 56 Tote und 407 Verletzte gefordert. 4000 Häuser wurden zerstört.

Französisches Flugzeug verbrannt

Zehn Tote, darunter hohe französische Beamte

Paris, 16. Jan. Das französische Großflugzeug „Smaragd“, das auf dem Rückflug von Indo-China am Montag kurz nach 18 Uhr französischer Zeit in Lyon gestartet war, ist kurz nach 21 Uhr französischer Zeit in unmittelbarer Nähe von Corbigny im Département Nièvre in Frankreich in Flammen abgestürzt. An Bord des Flugzeuges waren der Generalgouverneur von Indo-China, Pasquier, der Direktor der französischen Handelsluftfahrt, Chaumier, der französische Konsul von Damaskus, Varienou, sowie vier hohe Beamte der französischen Luftfahrtgesellschaft „Air France“. Zu den Opfern gehört auch die Gattin des Direktors der französischen Handelsluftfahrt, Chaumier, sowie eine Ordonnanz des Generalgouverneurs von Indo-China. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt. Als das Flugzeug in Flammen abgestürzt war, versuchten die Einwohner von Corbigny, die Insassen Hilfe zu bringen. Es war aber unmöglich, an das brennende Flugzeug heranzukommen. Sämtliche Insassen sind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt, so daß eine Erkennung schwer möglich ist. Der „Smaragd“ befand sich auf seinem ersten größeren Flug, der ihn zunächst von Paris nach Saigon geführt hat. Das Flugzeug war am Montag morgen in Athen gestartet und hatte mit Zwischenlandungen in Italien und Marseille Lyon erreicht. Von dort war es kurz nach 18 Uhr nach Paris aufgestiegen.

Der bei dem Absturz ums Leben gekommene Generalgouverneur von Indo-China, Pasquier, wurde 1928 auf diesen Posten ernannt. Seit dem Jahre 1908 war Pasquier in Indo-China. Er ist besonders gegen die kommunistischen Antriebe in Indo-China mit großer Energie vorgegangen. Das Flugzeugunglück bei Corbigny hat nach der letzten Meldung zehn Todesopfer gefordert.

Paris, 16. Jan. Ueber die eigentliche Ursache der Katastrophe von Corbigny hat man zur Stunde noch keine genauen Anhaltspunkte. Immerhin ist eine Meldung des „Matin“ bemerkenswert, nach der das Flugzeug „Smaragd“, als es niedrig flog, gegen eine Hochspannungsleitung gestoßen sein könnte, denn im Augenblick des Unglücks sei in Corbigny plötzlich das Licht erloschen. Ein vom Luftfahrtministerium eingesetzter Untersuchungsausschuss ist bereits nach der Unglücksstätte unterwegs.

Einziehung von Zehnmarkscheinen Ersatz durch Silbergeld

Berlin, 16. Jan. Im Publikum besteht vielfach Unklarheit über die Gültigkeit der Zehnmarkscheine, nachdem im Oktober vorigen Jahres ein Aufruf von Zehnmarkscheinen erfolgt ist. Es ist deshalb darauf hinzuweisen, daß es sich bei diesem Aufruf um die Zehnmark-Reichsbanknoten handelt, die das Ausgabe-datum des 11. Oktober 1924 tragen. Diese Noten verlieren allerdings bereits am 31. Januar, also in zwei Wochen, ihre Gültigkeit im allgemeinen Verkehr, so daß es höchste Zeit ist, noch im Besitz des Publikums befindliche Noten dieser Serie abzulie-

fern. Auch die Reichsbankanstalten nehmen sie nur noch bis Ende Februar zur Einlösung an. Der größte Teil dieser Zehnmark-scheine, von denen früher einmal eine Milliarde RM. in Umlauf waren, ist im Laufe der Jahre bereits eingezogen worden, es befinden sich aber immerhin noch 33 Millionen RM. davon im Verkehr. Die Ablieferungspflicht erstreckt sich aber nur auf diese Scheine aus dem Jahre 1924, alle übrigen Zehnmarknoten, die das Datum des 22. Januar 1929 tragen, behalten auch weiterhin ihre Gültigkeit, ebenso die Rentenmarkscheine, die das Aus-gabedatum vom 3. Juli 1924 tragen. Es ist auch in der Offent-lichkeit vielfach nicht bekannt, daß die Fünfrentenmarkscheine bis-her nicht aufgerufen sind und inselgefallen, wenn sie auftauchen, noch immer als voll gültiges Zahlungsmittel anzusehen sind.

Nach Einziehung der Zehnmarkscheine der Ausgabe 1924 ist allerdings die Zahl der verbleibenden weiterhin gültigen Zehn-markscheine nicht erheblich. Der Umlauf an Zehnmarkscheinen aus dem Jahre 1929 und an Rentenmarkscheinen ist auf etwa 20 Millionen RM. zu schätzen. Es werden auch grundsätzlich neue Zehnmarkscheine nicht mehr ausgegeben, da diese Noten nach den Absichten des Reichsfinanzministeriums durch Silbergeld ersetzt werden sollen. Wie das BdZ-Büro von zuständiger Stelle er-fährt, wird besonders die Einziehung der Dreimarkstücke, die be-kanntlich restlos aus dem Verkehr gezogen werden sollen, in den nächsten Wochen mit Nachdruck betrieben werden, um das für die Ausprägung der neuen kleinen Fünfmarkstücke erforderliche Sil-ber zu gewinnen. Von den neuen Fünfmarkstücken sind bisher nur die Luther-Gedenkmünzen im Gesamtwert von 1 Million RM. in den Verkehr gebracht worden. Die Ausprägung der eigentlichen neuen Fünfmarkstücke hat noch gar nicht begonnen.

Ausnahmen von der Anwendung des Schriftleitergesetzes

Berlin, 16. Jan. Amtlich wird verlautbart: Im Anschluß an die Durchführungsverordnung zum Schriftleitergesetz hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda bestimmt, daß die folgenden Blätter von der Anwendung des Schriftleiter-gesetzes ausgenommen werden:

1. Verbandsmitteilungen, die sich auf kurze Mitteilungen tat-sächlich Art in Erfüllung der Verbandsaufgabe beschränken, nur an die Mitglieder des Verbandes geliefert werden, nur nach Bedarf in unregelmäßigen Zeitabständen erscheinen, keine An-zeigen außer Vereins- und Familienanzeigen enthalten und bei Aufnahme in die Postzeitungsliste keinen Preis angeben.

2. Hausmitteilungen (früher Kundenzeitschriften), die von einem Betrieb zur Unterrichtung seiner Kundschaft oder Beleg-schaft über seine Erzeugnisse und Leistungen nach Bedarf heraus-gegeben werden, ihre Zweckbestimmung — als Eigenwerbung — in Form und Inhalt klar erkennen lassen, deren Inhalt aus-schließlich der Werbung für das eigene Haus (Werk) dient, die Fremdanzeigen nicht aufnehmen und bei Aufnahme in die Post-zeitungsliste keinen Preis angeben.

3. Werkzeitschriften, die ausschließlich Berichte über die Er-zeugnisse und Leistungen des eigenen Unternehmers oder über Geschehnisse innerhalb der Werksgemeinschaft und keine Anzeigen außer Vereins- und Familienanzeigen enthalten.

Für die an solchen Zeitschriften tätigen Personen besteht also keine Anmeldepflicht nach dem Schriftleitergesetz.

Letzte Nachrichten

Flugzeugunfall in Oldenburg

Berlin, 16. Jan. Ein Flugzeug der Luftdienst GmbH mußte Donnerstag vormittag bald nach dem Aufstieg in Oldenburg in-solge Versagens des Motors wieder heruntergehen und stieß dabei gegen einen Deich. Das Flugzeug wurde beschädigt und die 5 Insassen, darunter der Führer Osterkamp, erlitten leichte Ver-letzungen.

Schwerer Straßenbauunfall im Zillertal

Innsbruck, 16. Jan. Am Dienstag ging bei einem Straßenbau in Gerlos im Zillertal ein Felssturz nieder. Die Felsmassen begruben mehrere Arbeiter. Drei von ihnen wurden auf der Stelle getötet. Einige konnten schwerverletzt geborgen werden. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus nach Schas übergeführt.

Neue Steuer in Oesterreich für Rundfunkgeräte

Wien, 16. Jan. Auf Grund teisenwirtschaftlichen Ermäch-tigungsgesetzes hat die Regierung wieder eine neue Steuer ein-geführt. Alle Besitzer von Rundfunkempfängern haben jährlich einen Schilling Abgabe zu leisten. Die dadurch erzielte Ein-nahme von rund 500 000 Schilling soll zur Förderung der Kunst verwendet werden.

Sechs ehrlosen Bauern der Hof aberkannt!

Berlin, 16. Jan. Nach einer Meldung des „Berliner Tage-blattes“ hat der Landesbauernführer von Rheden-Hannover in einem Vortrag davon Mitteilung gemacht, daß sechs Bauern der Provinz Hannover wegen Ehrlosigkeit die Bauernmilitärgeld ab-erkannt worden ist. Ihnen wurde das Verhängnis über ihren Hof entzogen und zum Teil ihren Kindern übertragen.

Ein Pfarrer verhaftet

Halle, 16. Jan. Am Samstag wurde der Pfarrer Genßchen-halle-Troscha durch die Geheime Staatspolizei in Schußhaft ge-nommen. Der Verhaftung liegen schwere Beleidigungen des Gau-leiters und preußischen Staatsrats Jordan, sowie Aufwiegelung gegen führende Männer des Staates und der NSDAP, zugrunde. Am Montag wurde ein richterlicher Haftbefehl gegen Pfarrer Genßchen erlassen und dieser in das Untersuchungsgefängnis des Amtsgerichts übergeführt.

Wieder ein Finanzskandal in Frankreich

Paris, 16. Jan. In Lille scheint ein großer Finanzskandal auf-geklärt worden zu sein. Die Baugesellschaft von Lille, die die Ermächtigung zum Bau billiger Wohnungen auf Grund der so-genannten Ley Loucheur erhalten hat und mit entsprechenden staatlichen bzw. städtischen Geldern arbeitet, soll eine Reihe von Bauaufträgen vergeben, aber die Unternehmern nicht bezahlt haben. Bisher sind 37 Klagen gegen die Gesellschaft anhängig. Die Forderungen belaufen sich auf einige 10 Millionen Francs.

Der Kampf um Amon

Tokio, 16. Jan. In der Gegend von Amon spielen sich zur Zeit heftige Kämpfe ab. Im Laufe der Gefechte haben chinesische Regierungstruppe die 8. Brigade der Aufständischen angegrif-fen und etwa 40 Bomben abgeworfen. Zahlreiche Tote und Ver-wundete werden gemeldet. Die Forderung des chinesischen Ober-kommandos an die Aufständischen, sich zu ergeben, ist von diesen abgelehnt worden.

Schredensfahrt einer überfüllten chinesischen Dschunke 28 Chinesen erstickt

London, 16. Jan. Ein schreckliches Ende nahm, wie Reuters aus Singapur meldet, der Versuch von 200 Chinesen, in einer win-nigen Dschunke Singapur zu erreichen. Die Chinesen, die in ihrer Ruhigkeits von dem südchinesischen Hafen Hainan aufgebrot-ten waren, gerieten auf der Fahrt nach Singapur in einen fürchterlichen Sturm, so daß sie sich in den für ihre Zahl viel

zu engen Räumen unter Deck zusammenbrachten mußten. Da-bei wurden 28 Fahrgäste in einem kleinen Raum dicht zusam-mengedrückt, daß sie erstickten. Die Leichen wurden über Bord geworfen. Schließlich lief die Dschunke den Hafen von Groß-Cheribon an, wo 16 Fahrgäste juräckblieben. Was mit den übr-igen 156 Reisenden geschehen ist, konnte nicht in Erfahrung ge-bracht werden.

Chinesische Seeräuber wieder an der Arbeit

Schanghai, 16. Jan. Die Besatzung des chinesischen Dampfers „Puan“, der etwa hundert chinesische Passagiere an Bord hatte, wurde auf offener See zwischen Schanghai und Tsingtau von etwa 15 Seeräubern überfallen. Die Piraten, die als „Pasa-giere“ an Bord gekommen waren, zwangen den Kapitän, eine Bucht in der Nähe von Swatow anzulaufen, wo die Räuber mit ihrer Beute das Schiff verließen und neun wohlhabende Passa-giere als Geiseln mit sich schleppten.

Anordnung des Stellvertreters des Führers

München, 16. Jan. Der Stellvertreter des Führers erläßt im „Völkischen Beobachter“ folgende Anordnung: „Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Verbände, Innungen, Wirt-schaftskammern und ähnliche Organisationen umgebildet oder neu errichtet wurden ohne vorhergehende Benachrichtigung der zuständigen Parteibehörden. Um die gerade auf diesem Ge-biete unbedingt nötige Zusammenarbeit von Partei und Staat und vorherbestimmten Stellen zu gewährleisten, dürfen in Zukunft organisatorische Veränderungen der genannten Art von allen Parteibehörden und Staatsbehörden nur mit meinem Ein-verständnis vorgenommen werden. Freie Wirtschaftsgebilde wer-den davon nicht berührt.“
gez. Rudolf Heß

Reichsminister Dr. Göbbels stellt dem Rundfunk 1 Million für freischaffende Künstler zur Verfügung

Berlin, 16. Jan. Reichsminister Dr. Göbbels hat dem Deut-schen Rundfunk einen Betrag von einer Million RM. zur Ver-fügung gestellt, der ausschließlich zur Verbesserung der Rundfunk-programme und zur Hebung der sozialen Lage der freien Künst-lerchaft in den nächsten drei Monaten dient. Damit ist es mög-lich geworden, die im vergangenen Jahre erforderlich gewesen Program-Zusammenschlüsse aufzuheben und den einzelnen Sen-dern wieder die Selbständigkeit der Programmgestaltung zu sichern.

Der Betrag wird demgemäß für die Ausgestaltung der Rund-funkprogramme unter vermehrter Heranziehung der freiberuf-lichen Künstlerchaft verwendet werden und von der Reichsren-derleitung, entsprechend den Bedürfnissen der kulturellen und sozia-len Lage, auf die einzelnen Sender verteilt.

Wahltag der estländischen Freiheitkämpferbewegung

Reval, 16. Jan. In Estland sind am Montag die Stadtver-ordnetenwahlen zu Ende gegangen. Das sehr komplizierte Wahl-system verzögert die Stimmzählung, so daß genaue Ergebnisse noch nicht vorliegen; es steht jedoch fest, daß in sämtlichen grö-ßeren Städten des Landes die Freiheitkämpferbewegung große Erfolge erzielt hat. So haben die Freiheitkämpfer in Reval die absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung: von 87 Sitzen 47. Auch in anderen Städten sind meist die Freiheits-kämpfer die stärkste Partei. Besonders bemerkenswert ist die Wahlniederlage der marxistischen Parteien. In Reval ver-loren die Sozialisten etwa die Hälfte ihrer Stimmen. In der Industriestadt Narva konnten die Sozialisten keinen einzigen Platz erringen, aber auch die bürgerlichen Parteien haben stark verloren. Leider brachten die Wahlen in Reval der deutschen Liste gleichfalls einen Verlust von zwei Sitzen.

Der Dichter Hermann Bahr †

München, 16. Jan. Der bekannte deutsche Dichter und Schrift-steller Hermann Bahr ist nach längerer schwerer Krankheit am Montag nachmittag im 71. Lebensjahre gestorben.

Lokales

Wildbad, 17. Januar 1934.

Besetzung am Reichsgründungstag

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Nach Anordnung der Reichsregierung sind am Tage der Reichsgründung, dem 18. Januar, sämtliche Dienstgebäude zu besetzen. Die An-ordnung gilt auch für die württembergischen Staats- und Gemeindebehörden. Die Besetzung dauert vom Morgen bis Sonnenuntergang.

Hauptversammlung des V. D. A. Vergangenen Sonntag hielt die Ortsgruppe Wildbad des V. D. A. ihre Hauptver-sammlung ab. Eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Freunden der auslandsdeutschen Sache hatte sich im Saale des Hotel Post trotz der Ungunst der Witterung eingefunden. Auch hatte der Niederfranz Wildbad die Freundschaft, den Abend durch eine Abordnung seiner Sängerschaft zu ver-schönern. Nach den erften stimmungsvollen Liedervorträgen eröffnete der Ortsgruppenführer, Herr Regierungs-Medi-zinalrat Dr. Schnizer, die Hauptversammlung. In seiner Ansprache konnte er darauf hinweisen, daß der Verein für das Deutschtum im Ausland von jeher die Volksgemein-schaft aller Deutschen ohne Rücksicht auf staatliche Bin-dungen gepflegt hat, so daß auch im heutigen Staat eine Gleichhaltung dieses Gedankengutes sich erübrigte und der V. D. A., erweitert in den Volksbund für das Deutschtum im Ausland, und getragen von den Kräften des neuen Staates seine Bestrebungen fortsetzen kann, allen Gliedern des Deutschen Volkes im Reich und außerhalb seiner Gren-zen zu dienen, und auch eine Neubefestigung der Vorstand-mitglieder der hiesigen Ortsgruppe nicht zu erfolgen brauchte. Nach Verlesung des Jahres- und Kassenberichts seitens Schriftführer und Kassier konnte der Ortsgruppen-führer den geschäftlichen Teil des Abends beschließen. Weitere Gesangsvorträge der Sängerschaft des Niederfranzes leiteten über zu dem zweiten Teil des Abends, für den Herr Pfarrer Widinger (selbst ein Schwabe) gewonnen war zu einem Vortrag über die Schwaben in Brasilien. In leben-diger und launiger Weise wußte der Redner, unterstützt von einer großen Zahl guter Lichtbilder, ein anschauliches Bild zu geben vom Leben in den deutschen Siedlungen in Südbrasilien, besonders in der Kolonie Blumenau und der Kolonie Hansa mit ihrem weiten Siedlungsraum, der noch Tausenden von Siedlerfamilien Platz und Brot zu bieten vermag. Er erzählte von den Schwierigkeiten, aber auch von den Freuden, die den Siedlern in Brasilien beschieden sind, nicht zuletzt von dem erstaunlichen Kinderreichtum unserer dortigen Volksgenossen, denn dort ist Kinderreich-tum im wahren Sinne des Wortes Reichtum. Beifolger Beifall belohnte den Redner, der — ein echter Pionier schwäbischen Wesens — als Siedler, Pfarrer und Erzieher 25 Jahre lang für seine deutschen Volksgenossen in Süd-

brasilien gewirkt hatte und deren Lebenswerk die Kolonie Hanja darstellte. Noch lange blieben Mitglieder und Gäste mit ihm in behaglicher Gemütlichkeit beisammen.

ep. — Kirchenopfer für das Winterhilfswerk. Von zünftigster Stelle wird mitgeteilt: Die neue Volksgemeinschaft die uns die nationalsozialistische Bewegung gebracht hat, findet einen besonders sichtbaren und kraftvollen Ausdruck in dem Winterhilfswerk, das auf den Ruf des Führers begonnen worden ist. Während es früher nur einzelne, vor allem kirchliche Kreise waren, die ihrer darben- den Volksgenossen gedachten, kann sich heute kein Deutscher mehr ausschließen aus der Gemeinschaft des Helfens und Dienens. Schon die einfache Pflicht der Dankbarkeit muß uns alle dazu führen. Gewaltige Summen sind zusammen- gebracht worden, viel Hunger und Sorge konnte gestillt werden. Aber noch stehen wir tief im Winter drin; die früh einsetzende Kälte hat die Not verhärtet. Deshalb gilt es, nicht müde zu werden, sondern in jähem Kampf gegen Hun- ger und Kälte auszuharren. Es wird daher das gesamte Kirchenopfer am Sonntag, 28. Januar d. J. (Septuagesima) für das Winterhilfswerk bestimmt. Wir sind gewiß, daß auch darüber hinaus der Aufruf zur Hilfe bei unsern Glaubensgenossen ein offenes Ohr und Herz findet, und bitten daher alle, die es vermögen, durch Geld- oder Na- turalspenden auch weiterhin das deutsche Winterhilfswerk nach Kräften zu fördern.

Württemberg

Zur Klarstellung

Das „Deutsche Volksblatt“ Nr. 8 vom 11. Januar 1934 stellt ablehnend mit der halbamtlichen Mitteilung über die Fest- nahme eines Paters des Christkönigsheims in Pfenning- en folgende Behauptung auf: „Der gegen ihn ausgesprochene Verdacht erwies sich bei der richterlichen Vernehmung als un- gerechtfertigt.“ Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Der Verdacht besteht nach wie vor weiter. Es wird daher aus- drücklich festgesetzt, daß das Strafverfahren wegen Sittlichkeits- verstoßens seinen Fortgang nimmt und von der Staatsanwalt- schaft gerichtliche Verurteilung beantragt wurde. Lediglich vom Erlass eines Haftbefehls hat der Richter Abstand genommen.

Berichtend wird angefügt, daß es sich bei der Niederlassung in Pfenningen nicht um eine solche der Gesellschaft Jesu, sondern der Pallottiner handelt.

Keinen Brief ohne Winterpfennig-Briefverschlusmarken

Stuttgart, 16. Jan. Die Gauführung Württemberg der NS- Volkswohlfahrt teilt uns mit: „Seit Wochen werden an sämt- lichen Postämtern im Auftrag des Winterhilfswerks Winter- pfennig-Briefverschlusmarken, der Hunderttausend-Bentel zu 1 RM., verkauft. Wir fordern die Bevölkerung auf, von diesen Marken regen Gebrauch zu machen, zumal der gesamte, nicht unbeträcht- liche Erlös dem Winterhilfswerk zufließt. Insbesondere sollten die Behörden, Industrie und Handel ihre Briefe zum äußeren Zeichen der Opferbereitschaft mit dieser Verschlusmarke versehen. Letztere werden daher gebeten, ihre Bestellungen direkt bei der Gauführung Württemberg der NS-Volkswohlfahrt Stuttgart, Postfach 20, aufzugeben, von der alsdann die Belieferung er- folgt.“

Birkenfeld, O. A. Neuenbürg, 16. Jan. (Ablösung der Dollarklausel.) Die niedrigen Stand des Dollarkurses will die Gemeinde dazu benützen, die Dollarklausel abzulösen. Auf ein Gesuch der Gemeinde zur Aufnahme von Darlehen sind der Gemeinde bereits 2 Darlehensangebote zugegangen. Sie hofft, durch weitere Angebote ihre Dol- larklausel ablösen zu können.

Tübingen, 16. Jan. (Ernennung.) Regierungsrat Dr. jur. Harster, der seit mehreren Jahren als Referent beim Württ. Landstrafgerichtsdirektorium des Polizeipräsi- diums Stuttgart und seit der nationalen Erhebung beim Württ. Innenministerium — Württ. Politische Polizei — tätig war, ist zum Amtsverwalter der Polizei-Direktion Tü- bingen ernannt worden.

Neutlingen, 16. Jan. (Tödlicher Unglücksfall.) Am Montagabend wollte Stadtpfarrer a. D. Sandberger aus Neutlingen aus dem sahrplanmäßigen um 20.56 Uhr auf dem Neutlinger Hauptbahnhof eintreffenden Honauer Zug noch während der Fahrt abpringen, kam dabei zu Fall und geriet unter die Räder. Er erlitt derart schwere Ver- letzungen, daß der Tod sofort eintrat.

Wietigheim, 16. Jan. (Prinzenbesuch.) Prinz Wil- helm von Preußen und seine Frau, Prinzessin Dorothea von Preußen, weilten gegenwärtig hier zum Besuche der Fa- milie des Herrn von Salviati als deren Verwandte und haben im Hotel Post Wohnung genommen.

Rechberghausen, 16. Jan. (Knabe ertrunken.) Am Montag nachmittag beobachteten mehrere Knabe von Rech- berghausen in der Nähe des Bahnhofs das durch die Schneeschmelze angeschwollene Bett der Marbach. Einer davon, der 6 Jahre alte Max Köhler, kam den Fluten zu nahe, wurde von dem Strudel ergriffen und mitgerissen. Bis Hilfe zur Stelle war, fand man den Jungen eine Strecke flussabwärts im Gebüsch hängend tot vor.

Halen, 16. Jan. (Kur ein Lesebuch.) Auf der Tag- ung des NS-Lehrerbundes der Kreise Halen, Ellwangen und Heeresheim sprach Regierungsrat Hilburger vom Kath. Oberschulrat über Schulfragen im neuen Staat, wobei er laut „Kocher-Zeitung“ mitteilte, daß es vom Frühjahr 1934 ab in allen Volksschulen nur eine Bibel und ein Lesebuch geben wird. Auch werden die beiden Verwaltungen des Evang. und Kath. Oberschulrats in eine Ministerialabtei- lung für Volksschulen umgebildet.

Halen, 16. Jan. (Postauto verunglückt.) Bei Goldhöhe geriet Sonntag nacht ein Personkraftwagen von Ellwangen in den Straßengraben. Montag früh kam der Postkraftwagen von Bommertsweiler beim Wilsinger Stich ins Schleudern und geriet, sich zweimal überschlagend, die Böschung hinunter. Wie durch ein Wunder kamen der Fahr- er und die Fahrgäste unverletzt mit dem Schrecken davon.

Geislingen a. St., 16. Jan. (Drei Einbrüche.) Samstag nacht erfolgten drei schwere Einbrüche im Stadt- teil Altenstadt und zwar in der Apotheke, im Konsumladen und im Gasthaus zur Krone. Das stürmische Wetter begün- stigte den Täter, der jedesmal ein Fenster zertrümmerte, um einzusteigen und „Revisions“ in der Ladenkasse zu ma- chen. Millionär ist der Kerl dabei nicht geworden.

Glatt i. Bohz., 16. Jan. (Auf den brennenden Ofen gesetzt.) Letzte Woche hat sich eine ledige, etwas beschränkte Frauensperson, um sich zu wärmen, auf den brennenden Herd gesetzt. Es dauerte nicht lange und schon brannten die Kleider lichterloh. In ihrer Angst sprang sie auf die Straße. Bis man ihre Hilferufe hörte, hatte sie be- zeits schwere Brandwunden davongetragen.

Vom bayerischen Allgäu, 16. Jan. (Tödlicher Sti- u n s a l l.) Bei dem Skianterricht der 6. Knabenklasse in Immenstadt kam es unter der Aufsicht des Lehrers zu ei- nem bedauerlichen Unfall, der ein Todesopfer forderte. Bei der Abfahrt vom Kaloariberg wollte der Schreinermei- sterssohn Josef Specht an einem Mitschüler vorbeifahren, kam jedoch von der Straße ab und fuhr gegen einen Zaun. Der Knabe wurde schwer verletzt ins Krankenhaus ge- bracht, wo er verstarb.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Herriot ist unbeliebt. Edouard Herriot, der wegen seiner Politik erst kürzlich in Marseille ausgesperrt worden war, mußte sich Samstag, wie das „Echo de Paris“ berichtet, in Cambrai vor der wütenden Volksmenge durch mehrere Po- lizeibeamte schützen lassen. Herriot wollte persönlich die Kandidatur eines Parteifreundes für einen freigewordenen Kammerstuhl unterstützen.

Warenhausbrand in Lille. In den Abendstunden des Montag wurde ein hiesiges großes Warenhaus durch Grob- feuer völlig zerstört. Man schätzt den Sachschaden auf 5 Millionen Franken.

Explosion in einer französischen Pulverfabrik. In der Sprengstoff-Fabrik in Blumenau ereignete sich am Montag in der Pulverabteilung eine Explosion. 7 Arbeiter wurden schwer verletzt.

16 Tote der Ueberschwemmungen in Britisch-Guiana. Die schweren Ueberschwemmungen, die zur Zeit Britisch-Guiana heimischen, haben bisher 16 Todesopfer gefordert. Hunderte von Menschen sind obdachlos geworden.

Aus dem Gerichtsstaat

Zuchthaus und Sicherungsverwahrung

Stuttgart, 16. Jan. Die Große Strafkammer verurteilte den 35jährigen Hilfsarbeiter Johann Heidenblat aus Amberg zu drei Jahren Zuchthaus und Sicherungsverwahrung und den 23jährigen Schneider Walter Steffan aus Balingen zu drei- einhalb Jahren Zuchthaus. Die Angeklagten hatten im Sommer letzten Jahres einem Badnanger Schneider Stoffe und Klei- dungstücke im Werte von etwa 2000 RM. entwendet.

Todesfahrt auf der Draifine

Stuttgart, 16. Jan. Die Strafkammer des Landgerichts hat den 54 Jahre alten verheirateten Bauinspektor und Vorsteher der Bahnteilerei Baihingen a. J. wegen fahrlässiger Tötung und Transportgefährdung zu 500 RM. Geldstrafe anstelle einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Der Fall war sehr eigenartig. Der Bauinspektor hatte auf der eingeleisten Strecke von Baihingen-Waldenbuch mit einem Gleisstrahl eine Dienstfahrt gemacht, wobei er, der Vorschriften zuwider, den pensionierten Obergingenieur A auf die Fahrt mitnahm. Bei Vein- feldern stieß die Draifine mit einer Lokomotive zusammen. Der Bauinspektor trug nur ein paar kleine Fleischwunden davon, während sein Begleiter, der beim Abprung schwer verletzt wor- den war, am andern Tage starb. Die Schuld trägt, wie die Strafkammer feststellte, der Bauinspektor, der in unverantwor- tlichem Leichtsin und ohne Licht einzufahren die Nacht hinein fuhr, ohne sich zu vergewissern, ob die Strecke frei ist.

Das Urteil gegen die Wormser Festhausbrandstifter

Worms, 16. Jan. Das hiesige Sondergericht verurteilte am Montagabend Gelfert und Richter, die das Festhaus angezündet hatten, zu je zwölf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Fußball

Wenn der Chronist in seiner Vorschau schrieb, daß bei dem Treffen Sprollenhau—Kotenhol der FC. auf Revanche sinne, so kann er nach dem Spiel berichten, daß diese Re- vanche vollauf gegolten ist. Sie ist sogar recht eindeutig ausgefallen und die Höhe des Ergebnisses spricht dafür, daß der FC. Spr. seinem Gegner hinsichtlich Spielkultur und Ausnutzung der gebotenen Erfolgsmöglichkeiten über- legen war. Der Gegner mußte mit einem Erzählmann an- treten, der aber nicht aus dem Rahmen fiel. Er hatte auch verschiedentlich Torgelegenheiten. Sein Sturm war aber zu hilflos um den Erfolg voll auszuwerten zu können. Dazu kam, daß er ein wunderbares Eigentor fabrizierte, was naturgemäß auch nicht dazu beitrug, das Ergebnis zu sei- nen Gunsten zu verbessern und ihm den nötigen Rückhalt zu geben. Andererseits kann Kotenhol noch von Glück spre- chen, daß die Niederlage zahlenmäßig nicht noch höher aus- gefallen ist. Wenn der einheimische Sturm im gegebenen Augenblick nicht zu lange mit dem Schuß gezögert hätte, so wären entschieden noch mehr Tore gefallen. — Die Bo- denverhältnisse waren infolge des Witterungsumschwungs nicht sonderlich günstig. Der FC. Spr. hatte sich jedoch bemüht den Platz spielfähig zu gestalten, jedoch der gut amtierende Schiedsrichter Bischoff-Birkenfeld das Treffen als Verbandsspiel zur Durchführung bringen konnte. — Zum Spielverlauf wäre zu berichten: Spr. stößt an und findet sich sofort gut zusammen. Schon in der dritten Mi- nute heißt es 1:0 für Spr. als sein Mittelfürmer eine Vorlage des Halbrechten verwandelt. Der Gegner hat sich noch nicht von seiner Ueberraschung erholt, als der Rechts- außen Spr. durchbricht, zwei Gegner umspielt und sein zur Mitte flankt von wo aus der taktisch richtig in Stel- lung gelaufene Halbrechte prompt zum 2:0 verwandelt. Nun zeigt auch der Gegner bessere Leistungen, findet aber beim einheimischen Schlußtrio wenig Gegenliebe. Zudem machen ihm die ungewohnten Platzverhältnisse zu schaffen. Bei einem raschen Durchbruch kann er trotz ausrichtsreicher Stellung nichts erzwingen. Spr. ist dann wieder, hauptsäch- lich auf dem linken Flügel in voller Fahrt. Aber einerseits fehlt der krönende Schuß und andererseits verhindert die Laide des Bodens jeden weiteren Erfolg. Mit 2:0 für Spr. geht es in die Pause. Nach Wiederanstos hat R den Platz- vorteil und ist auch sofort in Front. Spr. hat bange Mi- nuten zu überstehen. Der Gegner drängt mächtig. Über die hintermannschaft Spr. ist auf der Hut. Dem Gegner glückt nichts. Dann kommt der einheimische Angriff wieder besser in Schwung. Als sein Mittelfürmer nach Umspielen der gegnerischen hintermannschaft den Ball ins leere Tor schiebt, ist der Bann gebrochen, und des Gegners Schicksal besiegelt. Immer wieder reißt der rechte Flügel Spr. durch, erzwingt auch verschiedene Ecken, kann aber dieselben nicht verwerten. Kotenhol stellt um. Sein Torwächter geht in den Sturm ohne aber mehr als seither erreichen zu können. Dann geht der Spr. Halbrechte im Alleingang durch und verwandelt wunderbar zum 4. Tor. Als bald darauf eine seine Ecke vor das R. Tor kommt, verwandelt R. Tor- wächter prompt zum 5. Treffer für Spr. Er erringt dann aber als Ausgleich durch wundervoll getretenen Straffuß den Ehrentreffer für seine Farben. Gleich darauf ist das Spiel zu Ende. — Mit dem sonntäglichen Sieg schließt der FC. Spr. dicht an den Sp. B. Höfen auf in der Tabelle. Man darf gespannt sein, was die restlichen Spiele für Re- sultate zeitigen. — er.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Setzungsverlag Württembergischer Tagblatt-Verlag, Württemberg, Stuttgart i. Schwarzmalz (Zug. 25. Bad.) Nr. 12. 88: 789.

Wurst und Käse
 Bayer. Bierwurst 1/4 Pfd. 20 ¢
 Rohschinken 1/4 „ 22 ¢
 Blutwurst 1/4 „ 30 ¢
 Cervelat 1/4 „ 33 ¢
 Ost. Sch. Ten 1/4 „ 30 ¢
 Dessertkäse 1/2 Cdn 25 ¢
 Emmentaler m. R. 1/2 Pfd. 25 ¢
 Tilsiter o. R. 1/4 „ 15 ¢
 Dillkäse 3/4 „ 15 ¢
 Kämmel 3 Ecken sortiert
 Tilsiter Schachtel 15 ¢

Trockenfrüchte
 Pfirsichen Pfd. 30 ¢
 Mi. Hobst „ 40 ¢
 Birnenschnitz „ 25 ¢
 Ringäpfel „ 58 ¢
 Bism. Ähringe 1/2 Liter
 Rollkäse Dose
 Fett g. i. Gelbe 43 ¢

... und Rabatt

Otto Böh, Niederlage von
Thams & Garfs
 Hamburger Kaffee-Lager

Städt. Freibank.
 Von Donnerstag den 18. 1.,
 nachmittags 3 Uhr, ist
Schweinefleisch
 zu haben, das R zu 60 Pf.

Fisch-Verkauf
 direkt von der See

Rabliu i. Anschnitt 28 ¢
 Pfd. 28 ¢
 Bra. schellfisch 30 ¢
 Filet ohne Bauch 38 ¢
 Filet Lappen Pfd. 38 ¢
 Bäcklinge — Ladsheringe
 Kieler Sprotten
 Voll-Heringe 10 Stück 45 ¢
 Rollmops und Bismarck-
 heringe, große S lid 10 ¢
 Schweiße Hse, gerieben 1/2 Pfd. 20 ¢
 Romadour 1 lb 18 ¢
 Dill-Räse 1/2 Cdn
 Schachtel 18 ¢

Seefisch: ruderels Pfd. 13 ¢
 Weizengries „ 24 ¢
 Walztafel „ 22 ¢

Deutscher Bierwurst
 offen 2. ec 65 ¢
 Liter 28 ¢

Erbsen Pfd. 25 ¢
Orangen, afrikanische
 Pfd. 16 ¢
 Tafel-Birnen 20 ¢
 Rotkraut, feste Rösche 12 ¢
 Gelbe Rüben 3 „ 23 ¢

und Rabattmarken

Frische Fische heute eintreffend:

Kabliu im ganzen Pfd. 28 ¢
Filet ohne Bauchlappen Pfd. 45 ¢
Stockfische „ „ 25 ¢

Bintpreßsack 1/4 Pfd. 17 ¢ | **Romadour** „ Laib 25 ¢
Plockwurst 1/4 Pfd. 30 ¢ | **Bäcklinge** „ Pfd. 32 ¢

Pfannkuch
 und Rabatt

Nach dreijähriger Assistententätigkeit, u. a. ein Jahr am zahnärztlichen Universitätsinstitut „Caro- linum“ Frankfurt a. M., Direktor: Prof. Dr. Loos, Abteilung für Konservierende Zahnheilkunde, Leiter: Prof. Dr. Feiler, ferner in Bad Nauheim: Dr. Hanstein, in Berlin: Dr. Brill und Dr. Wittner (zahnärztliche Keramik), habe ich mich in Wildbad als **Zahnarzt** niedergelassen.

Dr. HERMANN EISENLOHR
 Haus Grunow Sprechzeit:
 Fernruf 363. 9—12, 2—5, Sa 9—12

Zu allen Kassen zugelassen, mit Ausnahme der kaufmännischen Ersatzkassen.

Zinslose Darlehen
 ab 200.— Niedrigste Tilgungs-
 raten. Keine Provision. Gegen
 Sicherheiten. Zuschriften unter
 B 3 10 an die Tagblattgesch.

Visitkarten
 liefert in kürzester Frist die
 Tagblatt-Geschäftsstelle

Gedenket
 der hungernden Vögel!

LUGER

An unsre Mitarbeiter...
 Wer für die Presse schreibt, wendet sich an alle Volksgenossen, gebildete und ungebildete. Er hat die Pflicht, seine Beiträge in eine einfache und klare Sprachform zu kleiden, die frei ist von entbehrlichen Fremdwörtern. Auch das ist ein Weg zur Volksgemeinschaft! Wir bitten unsere Mitarbeiter, als Führer voranzugehen — der Leser wird's danken!

... und unsre Anzeigenkundschaft!
 Der Verband der deutschen Wirtschaft hat bestimmt: „Die Werbung hat in Gesinnung und Ausdruck deutsch zu sein.“ Mit Recht! Anzeigen, die dem nicht entsprechen, wirken nicht. Unwickelbare Anzeigen sind weggeworfenes Geld. Wer Geld wegwirft, treibt Volksoverval! Wir bitten daher unsere Kunden, nur sprachlich saubere und geschmackvolle Anzeigen aufzugeben — der Erfolg wird's lohnen!

Verlag und Schriftleitung